

Positionspapier des Landesschülerratsausschusses Berlin zur Inklusion

Der Ursprung des Begriffes Inklusion liegt im Lateinischen und stammt von dem Verb „includere“ ab, welches man im Deutschen mit „einlassen“ oder auch „einschließen“ übersetzt.

In erster Linie lässt sich Inklusion zwei Themenfeldern zuordnen:

1. Die soziologische Bedeutung des Begriffes Inklusion lässt sich als Idee einer Gesellschaft definieren, an der jedes Individuum gleichberechtigt und selbstständig teilhaben kann. Faktoren wie beispielsweise Alter, sexuelle Orientierung, Herkunft, Leistungsfähigkeit, Religionszugehörigkeit, sexuelle Identifikation, Bildungsstand oder Behinderungen sollen dies nicht beeinflussen.
2. Die pädagogische Bedeutung der Begrifflichkeit, liegt bezogen auf das Bildungswesen vor allem in der Konzipierung heterogener Lerngruppen.

„In der inklusiven Gesellschaft gibt es keine definierte Normalität, die jedes Mitglied dieser Gesellschaft anzustreben oder zu erfüllen hat.“¹

Im Berliner Bildungswesen ist Inklusion ein sehr präsent Thema, doch der Landesschülerratsausschuss Berlin ist mit der praktischen Umsetzung von Inklusion nicht zufrieden.

Es ist bedauerlich, dass trotz vieler Bemühungen, die Fortschritte der Inklusion im Schulalltag unzureichend sind.

Um den Prozess der Inklusion voranzubringen, ist es notwendig, alle im Schulalltag involvierten Akteur*innen für die Thematik zu sensibilisieren und eine generelle Aufklärung zu ermöglichen.

So sehen wir vor allem Nachholbedarf in der Ausbildung der Lehrkräfte. Zur Zeit bereitet nur die Humboldt Universität gezielt auf das Lehren an inklusiven Schulen vor.

Diese Vorbereitung der Lehrkräfte, die oft nur über kürzere Fortbildungen stattfindet, bedeutet nicht nur eine schlechtere Bildung für die Schüler*innen, sondern auch eine enorme Belastung.

Des Weiteren haben auch diese Defizite bei der Ausbildung der Lehrkräfte, in Bezug auf Inklusion, Auswirkungen auf die Schüler*innen, da die Pädagog*innen auch als Vorbild fungieren.

Die Wahrnehmung dieser Vorbildfunktion muss künftig wieder mehr geschult und jede Lehrkraft sich ihres Einflusses bewusster werden, da inklusiver Unterricht gerade Lehrkräfte vor neue Herausforderungen stellt. Daher halten wir die Einführung verbindlicher Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte sowie auch Sozialpädagog*innen für notwendig. Im Speziellen plädieren wir auch für die Weiterbildung im Bereich der digitalen Medien, da diese den Inklusionsprozess aktiv voranbringen. Außerdem benötigt es zur Unterstützung der Schüler*innen, welche besonders gefördert werden müssen, zusätzliche Lehrkräfte, um eine erfolgreiche Inklusion zu gewährleisten.

¹ Zitat: Definition von Inklusion,

URL: <http://www.inklusion-schule.info/inklusion/definition-inklusion.html> [10.12.16]



Der Landesschülerausschuss Berlin fordert diesbezüglich auch Schüler*innen zur Erstellung von inkludierenden Initiativen, Projekten oder Konzepten auf. Dies können beispielsweise Patenschaften sein oder Gründungen von Arbeitsgemeinschaften - der Kreativität sind in diesem Punkt keine Grenzen gesetzt. Für solche Projekte bietet der Landesschülerausschuss Berlin seine Unterstützung an.

Die Aufgabe des Landes sehen wir in diesem Fall in einer optimalen Förderung solcher Projekte. Darunter verstehen wir in erster Linie die Anpassung des Bildungssystems durch die Bereitstellung von speziellen Mitteln und Methoden, welche eine individuelle Förderung einzelner Lernender ermöglicht. Selbstverständlich müssen auch die Räumlichkeiten auf die spezifischen Anforderungen jedes Menschen ausgerichtet werden.

Uns ist bewusst, dass es durch Inklusion, in besonders komplexen Fällen, auch zu Erschwernissen im Schulalltag kommen kann. Folglich wollen wir betonen, dass niemand zur Inklusion gezwungen werden sollte!

Daher ist eine generelle Abschaffung von Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt nicht im Interesse des Landesschülerausschuss Berlin.

Die Zielvorstellung des Landesschülerausschuss Berlin ist es, allen Individuen eine Option auf Inklusion zu ermöglichen. Nicht das Individuum muss sich also an ein bestimmtes System anpassen, sondern das System muss umgekehrt die Bedürfnisse aller im Schulalltag involvierten Akteur*innen berücksichtigen und gegebenenfalls angepasst werden.

